



#ländersache

ZUR WAHL IN BAYERN

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2747-9617 · Redaktionsschluss: Juli 2023

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben
und darf nicht zu Wahlkampfwzwecken verwendet werden.

#LÄNDERSACHE ANALYSE, DOKUMENTATION UND DISKUSSION DER POLITIK IN DEN LÄNDERN

Landespolitische Themen, Strukturen und Prozesse stehen im Fokus der Analysenreihe #Ländersache. Landtagswahlen sind immer auch Kristallisationspunkte politischer Debatten, Entwicklungen und Entscheidungen. Deswegen blicken wir im Vorfeld dieser Wahlen auf Herausforderungen und politische Chancen auf Landesebene. Wir bieten einen komprimierten und fundierten Überblick über die politische Lage vor Ort, die relevanten politischen Kräfte und Akteure innerhalb und außerhalb der Parlamente, die jüngere politische Geschichte der Region, wichtige Themen und zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzungen. #Ländersache heißt daher: praxisnahe politische Bildung entlang politischer Prozesse, Strukturen und Themen in Institutionen und in der Gesellschaft.

Wir erkunden Veränderungs- und Gestaltungspotenzial sowie Chancen progressiver Mehrheiten – in den Parlamenten, Institutionen und in der Gesellschaft. Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland unterscheiden sich Debatten, Auseinandersetzungen und Herausforderungen auf Landesebene und zu Wahlkämpfen erheblich. Auch werden Landtagswahlen häufig unterschiedliche Bedeutungen zugewiesen, der Einfluss bundespolitischer Trends und Debatten variiert daher stark.

Nach Landesfläche ist der Freistaat Bayern das größte deutsche Bundesland. Mit mehr als 13 Millionen wird seine Bevölkerungszahl nur von Nordrhein-Westfalen (NRW) übertroffen. Seit über 65 Jahren stellt die CSU ununterbrochen den bayerischen Ministerpräsidenten. Erst in der jüngsten Zeit (seit 2008) ist die CSU nach Jahrzehnten der Alleinherrschaft wieder gezwungen, Koalitionsregierungen zu bilden. Diese landesweit sehr stabilen politischen Verhältnisse versprechen zunächst keine besondere Spannung für die Beobachtung bayerischer Wahlen. Und doch sind bayerische Landtagswahlen immer zweierlei: Sie sind wichtiger Gradmesser für politische Stimmungen und Entwicklungen in der ganzen Bundesrepublik und vor allem für Entwicklungen im konservativen Spektrum, aber sie geben auch Auskunft über die Position des Ministerpräsi-

dentem und CSU-Vorsitzenden in seiner Partei. Nach wie vor besteht der Anspruch und das Selbstverständnis der CSU in einer Alleinregierung in Bayern.

Ministerpräsident Markus Söder hat bereits im Vorfeld der Landtagswahlen des Jahres 2023 erklärt, die Kanzlerkandidatur der Union zur Bundestagswahl 2025 nicht anzustreben. Das mag man ihm für den Moment glauben, aber selbst dann ist das Wahlergebnis in Bayern der entscheidende Hebel für den Einfluss der CSU im Bund. Als bayerische Regionalpartei hat sie keine weiteren Quellen eigenen Machtanspruchs.

Auch wenn Wahlgänge in Bayern für die Opposition im Land oft eher deprimierende Anlässe sind, werden die Ergebnisse von hohem Interesse sein. Für die Grünen, die bereits seit einigen Jahren die Rolle des Oppositionsführers von der SPD übernommen haben, könnte sich nach der Landtagswahl eine Option für eine weitere schwarz-grüne Koalition ergeben. Aber auch weitere Juniorpartner bieten sich der CSU an, allen voran die bereits regierenden Freien Wähler, aber auch die FDP, sollte ihr der Einzug ins Maximilianeum gelingen.

Die Frage ist also, ob es Markus Söder gelingen kann, den schlechten Trend für die Parteien der Ampelkoalition in Bayern in einen konservativen Wahlsieg umzumünzen. Einzig gültiges Anzeichen für einen solchen Sieg müsste der Wiedergewinn der absoluten Mehrheit sein.

Andreas Thomsen,
Stellvertretender Leiter des Bereichs Bundesweite Arbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

DIRK FARKE

LANDTAGSWAHL IN BAYERN

ZUSAMMENFASSUNG

Die Christlich-Soziale Union in Bayern e. V., die CSU, wird auch bei den 19. Wahlen zum bayerischen Landtag am 8. Oktober 2023 wieder stärkste Partei werden – so wie sie es seit ihrer Gründung 1946 immer gewesen ist. Sieht man einmal ab von den Landtagswahlen 1950, bei denen die SPD auf 28,0 Prozent kam, die CSU aber nur auf 27,4 Prozent. Damit war bezüglich des Stimmenanteils die SPD zwar stärkste Partei, sie erhielt jedoch wahlrechtsbedingt, worauf noch einzugehen ist, ein Mandat weniger als die CSU. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird die CSU im Jahr 2023 einen höheren Stimmenanteil erhalten als bei den letzten Landtagswahlen 2018 (37,2 Prozent) – in den Prognosen liegt sie momentan zwischen 38 und 42 Prozent –, vielleicht sogar einen wesentlich höheren. Und der nächste bayerische Ministerpräsident wird somit auch wieder der ehemalige sein. Die eigentliche Frage, die am 8. Oktober entschieden wird, reduziert sich also darauf, ob die bayerische Hegemonial- und Staatspartei wieder einen Koalitionspartner benötigt oder die absolute Mehrheit erreicht. Für beide Optionen lassen sich Ansatzpunkte ausmachen.

Sollte Markus Söder jedoch tatsächlich erneut nicht allein regieren können, besteht eine Option darin, die jetzige Koalition mit den Freien Wählern (FW) fortzusetzen. Beide Parteien sind vom politischen Inhalt her sehr ähnlich. Und die Beliebigkeit, die fehlende Zuordbarkeit in der Parteienlandschaft und der Populismus, die die FW auszeichnen, haben ihren eigentlichen Grund darin, unbedingt und koste es, was es wolle, mitzuregieren. Ganz ohne Fraktionen ging es in der Koalition in den letzten fünf Jahren dennoch nicht.

Auf den zweiten Platz schafften es vor fünf Jahren mit 17,6 Prozent Bündnis 90/Die Grünen, und dort liegen sie derzeit auch in den Prognosen – zwischen 16 und 19 Prozent. Ihr Parteiprogramm, das sie in ihren Wahlkampfveranstaltungen gern bereits als Regierungsprogramm ausgeben, liest sich – allen voran bei den Kernthemen Klima und Umwelt – ambitioniert, aber notwendig. Die Hoffnung der Partei liegt, genau wie bei den FW, darin, dass die CSU auch diesmal wieder die absolute Mehrheit ver-

fehlt und auf einen Koalitionspartner angewiesen ist. Mit dem zweiten Platz in der Wähler*innengunst, das weiß natürlich auch der bayerische Regierungschef, drängen sich, trotz aller Polemik beim Nominierungsparteitag, Koalitionsverhandlungen gewissermaßen auf. Dann jedoch werden die Grünen, genau wie in den anderen Ländern und im Bund, Abstriche in ihrem «Regierungsprogramm» machen müssen, um mitregieren zu können.

Mit solchen Problemen – einem mehrheitsfähigen Regierungsprogramm oder eventuellen Koalitionsverhandlungen – braucht sich die Partei DIE LINKE in Bayern momentan nicht zu befassen. Sie hat es dort, genau wie im Nachbarland Baden-Württemberg, bisher noch nicht in den Landtag geschafft und in den Prognosen kommt sie auch nicht über zwei Prozent. Da ist es richtig und wichtig, DIE LINKE für politisch ähnlich Gesinnte zu öffnen und Kooperationen einzugehen. Aufgegeben hat die Partei ihr Ziel, in den Landtag einzuziehen, noch lange nicht – und die Öffnung für zwei Kleinstparteien, die dies für sich genommen nicht schaffen können, kann durchaus ein Weg dahin sein.

Die bayerische SPD hofft, genau wie die FDP, mit vorgeblichen Erfolgen der Berliner Ampelkoalition bei den Wähler*innen punkten zu können, obwohl diese, den Umfragen zufolge, nicht gerade glänzend dasteht. Mit verbalen Attacken gegen Söder, den ihr Spitzenkandidat Florian von Brunn gern mal als «bayerischen Sonnenkönig» apostrophiert, versucht er, zumindest seinen Bekanntheitsgrad zu erhöhen. Ob es so wenigstens zu einem zweistelligen Ergebnis im Oktober reicht – in den Prognosen liegen die Sozialdemokraten momentan bei 9,7 Prozent –, wird sich zeigen.

Bekanntheitsdefizite existieren laut Umfragen auch beim bayerischen liberalen Spitzenkandidaten Martin Hagen und genau wie die SPD beruft sich die FDP im Wahlkampf auf die angeblich positiven Bilanzen der Berliner Koalition. 2018 mit gerade mal 5,1 Prozent noch so eben in den Landtag eingezogen, liegt die FDP in den Umfragen zwischen drei und fünf Prozent. Der Wiedereinzug in den Landtag wäre sicher ein Erfolg.

SOZIOÖKONOMISCHE AUSGANGSLAGE UND REGIERUNGSBEZIRKE

Gemäß der bayerischen Staatsregierung (bayern.de/der-freistaat/) leben in Bayern auf rund 70.550 Quadratkilometern zurzeit fast 13,2 Millionen Menschen. Damit ist es flächenmäßig das größte und bezogen auf die Einwohner*innenzahl hinter NRW das zweitgrößte der 16 Bundesländer. Der Anteil der Einwohnerinnen ist mit 50,4 Prozent etwas höher als der Anteil der Einwohner (49,6 Prozent). 13,9 Prozent der Bevölkerung sind unter 16 Jahre alt, 65,4 Prozent sind zwischen 15 und 65 Jahre und 20,7 Prozent sind über 65 Jahre alt. Größte Stadt ist die Landeshauptstadt München mit 1,5 Millionen Bewohner*innen.

Neben Sachsen und Thüringen schmückt sich auch das Bundesland Bayern mit dem Terminus Freistaat. Dessen Ursprung datiert auf die Novemberrevolution von 1918, als man sich von der Monarchie befreite und Kurt Eisner (USPD) als erster Ministerpräsident am 7. November 1918 den Freistaat Bayern ausrief. In einem Freistaat zu leben bedeutet natürlich nicht, dass die Menschen dort auch nur ein bisschen freier wären als in den übrigen Bundesländern.

Bayern hat von allen Bundesländern die geringste Kriminalitätsrate, die niedrigste Arbeitslosenquote, die geringste Nettoverschuldung und das höchste Haushaltseinkommen. Gemäß dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie übertrifft das bayerische Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von 662 Milliarden Euro (2021) 22 der 28 EU-Mitgliedsstaaten. Die Wirtschaftsleistung pro Einwohner*in in Höhe von 46.489 Euro liegt ebenfalls deutlich über dem deutschen und europäischen Durchschnitt. Zu den stärksten Industriezweigen im Bundesland zählen die Automobilwirtschaft und der Maschinenbau sowie die Rüstungsindustrie, Finanzdienstleistungen, Sportartikelhersteller und Tourismus. Auch Bio-, Umwelt- und Energietechnologie sowie Luft- und Raumfahrt sind fest in Bayern verwurzelt.

Eine verwaltungsrechtliche Besonderheit des Bundeslands ist sein dreistufiger Aufbau: An der Spitze der Hierarchie stehen die Staatsministerien, die die gleiche Funktion und Aufgabe haben wie die Landesministerien in den Bundesländern, in deren Namen der Zusatz «Freistaat» fehlt. Die Unterstufe bildet, genau wie in allen anderen Bundesländern, die kommunale Ebene mit den Landratsämtern, den Stadt- und Kom-

munalparlamenten. Die Position von Mittelbehörden nehmen hier die sieben Bezirksregierungen ein: (1) Oberbayern – die Landeshauptstadt München ist gleichzeitig Sitz der Bezirksregierung – (2) Niederbayern mit Landshut als Sitz der Bezirksregierung, (3) Oberpfalz mit Regensburg als Sitz der Bezirksregierung, (4) Oberfranken mit Bayreuth als Sitz der Bezirksregierung, (5) Mittelfranken mit Ansbach als Sitz der Bezirksregierung, (6) Unterfranken mit Würzburg als Sitz der Bezirksregierung und (7) Schwaben mit Augsburg als Sitz der Bezirksregierung.

Wie in den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen gibt es auch in Bayern Regierungsbezirke – sie sind deckungsgleich mit den oben aufgeführten sieben Bezirken. Diese sind jedoch keine kommunalen Gebietskörperschaften, sondern Teil der Staats- bzw. Landesverwaltung und haben diesbezüglich andere Aufgaben. Anders als die Regierungspräsident*innen, die von der bayerischen Landesregierung zur effektiveren Durchsetzung ihrer Politik als politische Beamt*innen eingesetzt werden, werden die Bezirkstage, also die obersten Organe, die die Bezirke lenken, direkt von der Bevölkerung gewählt, und zwar zeitgleich mit dem Landtag alle fünf Jahre. Es sind prinzipiell Zusammenschlüsse mehrerer Landkreise und kreisfreier Städte und Gemeinden mit einem eigenen Haushalt, um Aufgaben wie zum Beispiel Kulturförderung und Heimatpflege sowie landwirtschaftliche Anforderungen gebündelt besser bewältigen zu können. Da es bei den Wahlen zu den Bezirkstagen im Gegensatz zu den Landtagswahlen keine Fünf-Prozent-Klausel gibt, spiegeln die Wahlergebnisse ein heterogenes Bild und sogar Parteien wie DIE LINKE ziehen regelmäßig in die Bezirkstage ein.

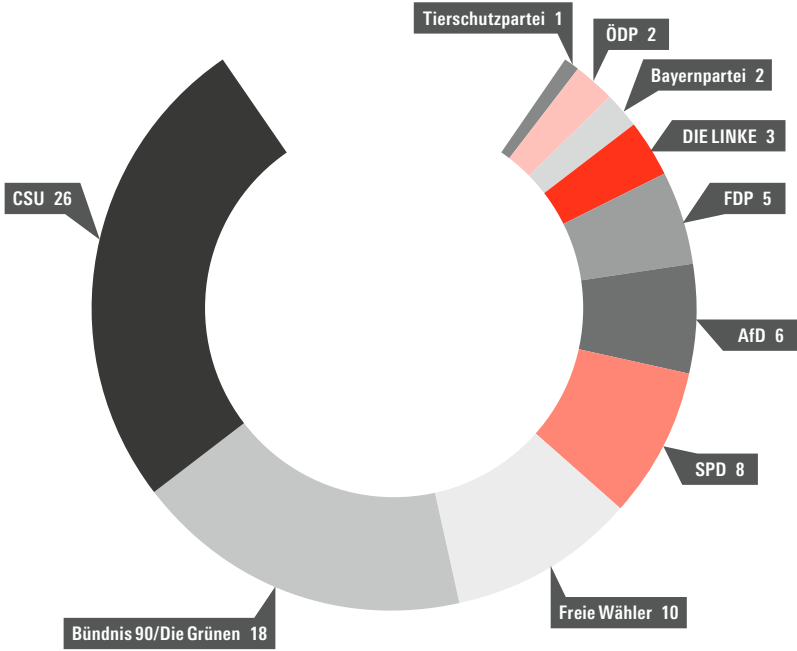
Bei den letzten Wahlen zum Oberbayerischen Bezirkstag im Oktober 2018 waren zum Beispiel 3.199.086 Wähler*innen stimmberechtigt. Von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten 74,7 Prozent von ihnen. Zu den Nichtwähler*innen kamen 62.967 ungültige Stimmen. Denn, so die These: Ein ungültiger Stimmzettel ist, genau wie der Wahlboykott, auch eine Wahl. Tabelle 1 zeigt das Endergebnis der Wahl zum Oberbayerischen Bezirkstag im Jahr 2018; Abbildung 1 die aktuelle Sitzverteilung im Bezirkstag von Oberbayern.

Tabelle 1: Endergebnis der Wahl zum Oberbayerischen Bezirkstag 2018

Partei	Wahlergebnis in %	Differenz zu 2013 in %	Stimmen (St)
CSU	31,09	-13,19	1.465.100
Bündnis 90/Die Grünen	21,38	+10,04	1.007.492
Freie Wähler	12,04	+2,56	567.392
SPD	9,55	-9,39	450.124
AfD	8,46	+8,46	398.712
FDP	6,47	+2,65	304.949
DIE LINKE	3,34	+1,05	157.393
Bayernpartei	2,67	-1,60	125.645
ÖDP	2,57	-0,52	121.222
Tierschutzpartei	0,71	+0,71	33.605

Quelle: www.bezirk-oberbayern.de/Der-Bezirk-Oberbayern/Wahlen/Bezirkstagswahl-2018/#Zahlen

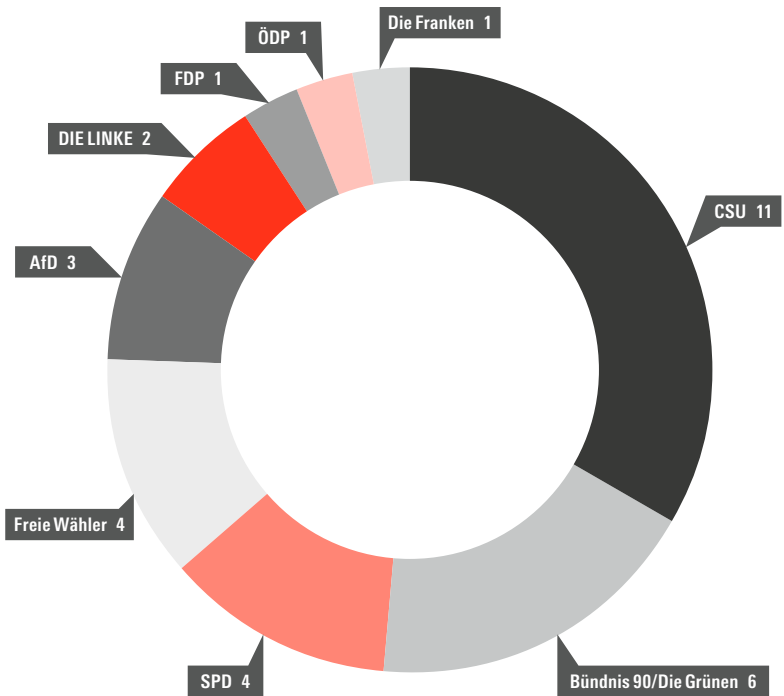
Abbildung 1: Aktuelle Sitzverteilung im Bezirkstag von Oberbayern



Quelle: www.bezirk-oberbayern.de/Der-Bezirk-Oberbayern/Wahlen/Bezirkstagswahl-2018/#Zahlen

Bei der Wahl zum Bezirkstag in Mittelfranken im Oktober 2018 waren rund 1,27 Millionen Bürger*innen stimmberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag bei 71,6 Prozent. Abbildung 2 zeigt die aktuelle Sitzverteilung im Bezirkstag von Mittelfranken.

Abbildung 2: Aktuelle Sitzverteilung im Bezirkstag von Mittelfranken



Quelle: <https://bit.ly/3OA4Fsp>

WIE FUNKTIONIERT EINE LANDTAGSWAHL IN BAYERN?

Genau wie bei Bundestagswahlen haben die Wähler*innen auch bei den bayerischen Landtagswahlen eine Erst- und eine Zweitstimme, allerdings mit getrennten Stimmzetteln. Mit der Erststimme votieren sie für eine*n Direktkandidat*in in einem der 91 Stimmkreise. Die Zweitstimme können sie einem bzw. einer Kandidat*in auf einer der Parteilisten geben. Anders als bei der Bundestagswahl ist für die Anzahl der Sitze einer Partei nicht nur die Zweitstimme maßgeblich, sondern Erst- und Zweitstimme werden zusammengezählt. Die Parteien, die bayernweit mehr als fünf Prozent der Stimmen erhalten, bekommen somit so viele Mandate zugeteilt, wie ihnen anteilig nach dem Ergebnis zustehen. Die Sitze gehen zuerst an die Direktkandidat*innen der Parteien, das heißt an all diejenigen, die in ihren Stimmkreisen die meisten Stimmen bekommen haben. Sollten einer Partei noch weitere Sitze zustehen, gehen diese der Reihe nach – auch dafür werden wieder Erst- und Zweitstimme zusammengezählt – an ihre Listenkandidat*innen. So schaffen es auch immer wieder Kandidat*innen hinterer Listenplätze in den Landtag, weil sie bekannt sind und ihr Name von vielen Menschen angekreuzt wird. Außerdem ziehen gewählte Direktkandidat*innen – unabhängig davon, wie gut oder schlecht ihre Partei insgesamt abschneidet – grundsätzlich immer in den Landtag ein.

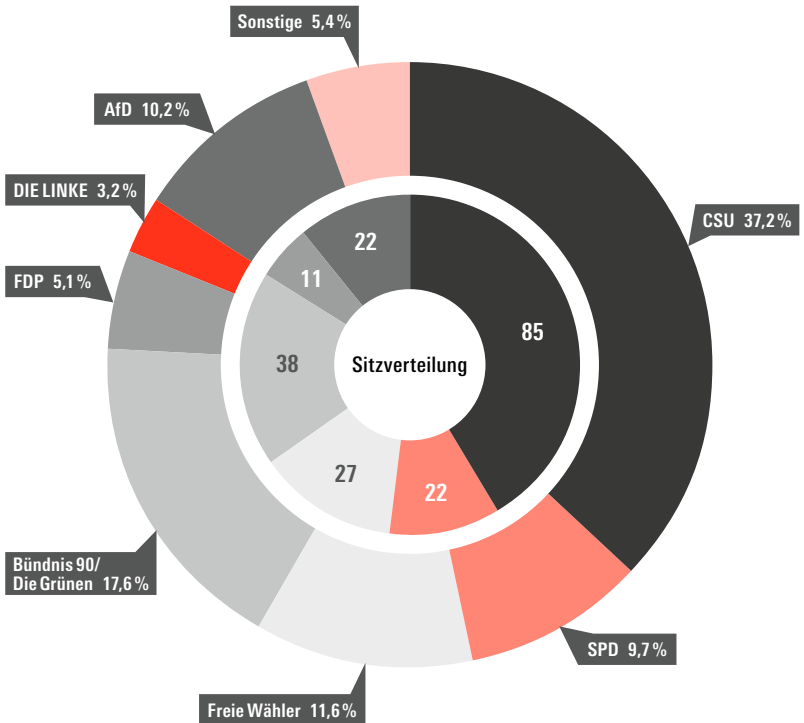
2018 gewann die CSU 85 Direktmandate – nach dem Gesamtergebnis hätte sie eigentlich nur 75 Abgeordnete stellen dürfen. Diese zehn – man spricht hier von sogenannten Überhangmandaten – kamen trotzdem in den Landtag. Und damit durch die Überhangmandate das Wahlergebnis nicht verzerrt wird, bekommen die anderen Parteien sogenannte Ausgleichsmandate zugesprochen. Entsprechend besteht der bayerische Landtag seit der letzten Wahl 2018 aus 205 Abgeordneten – und nicht 180, wie von der Verfassung vorgesehen. Dasselbe Wahl- und Sitzverteilungssystem gilt für die gleichzeitig stattfindenden Bezirkstagswahlen, nur dass dort entsprechend weniger Mandate vergeben werden.

Nach dem amtlichen Endergebnis (siehe Abb. 3) kamen bei den letzten Landtagswahlen 2018 die CSU auf 37,2 Prozent, Bündnis 90/Die Grünen auf 17,6 Prozent, die Freien Wähler auf 11,6 Prozent, die AfD auf 10,2 Prozent, die SPD auf 9,7 Prozent und die FDP auf 5,1 Prozent der gültigen Erst- und Zweitstimmen. Die Partei DIE LINKE erzielte 3,2 Prozent und ist

damit an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Die Wahlbeteiligung lag bei 72,4 Prozent und damit 8,8 Prozent höher als 2013.

Auffallend ist die verhältnismäßig hohe Zahl von acht fraktionslosen Abgeordneten. Fünf von ihnen haben im Laufe der Legislatur die AfD verlassen, zwei die CSU und einer die SPD.

Abbildung 3: Gesamtstimmenanteil Landtagswahl am 14. Oktober 2018 in Bayern und Sitzverteilung 18. Wahlperiode



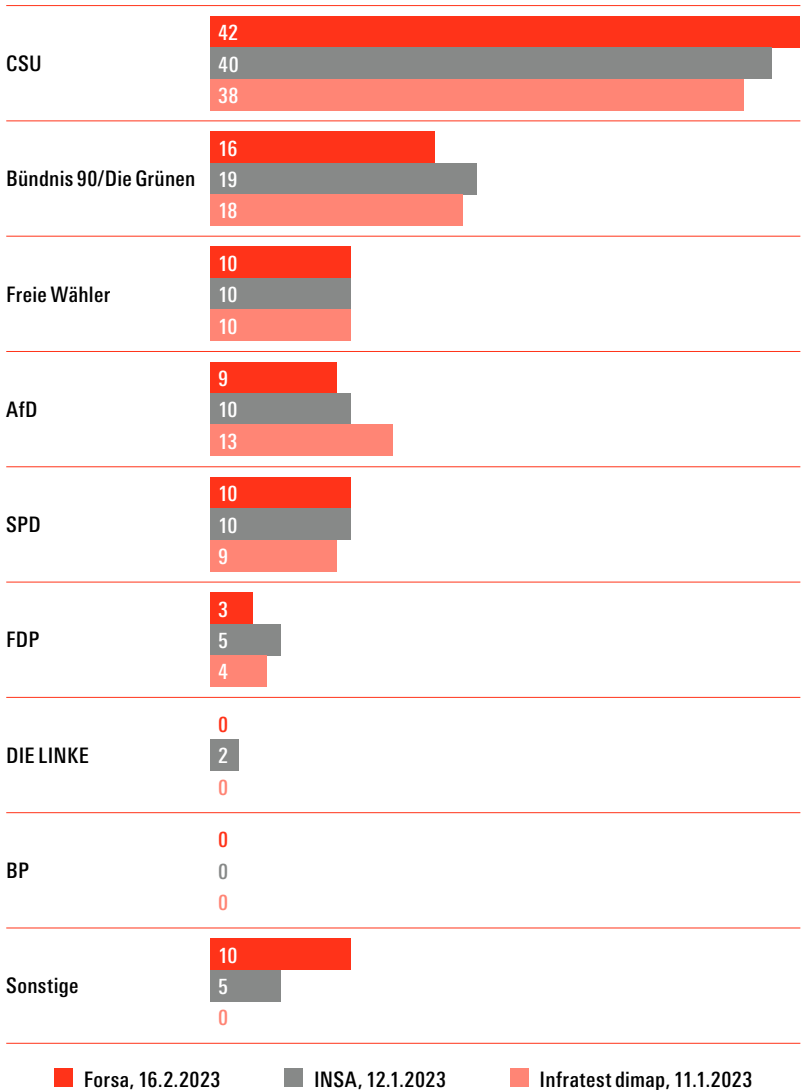
Quelle: www.bayern.landtag.de/abgeordnete/landtagswahl-2018/das-amtliche-endergebnis

WAS SAGEN DIE PROGNOSEN FÜR DIE WAHL IM OKTOBER?

Etwa zehn Millionen Menschen in Bayern sind am 8. Oktober 2023 berechtigt, einen neuen Landtag zu wählen. CSU-Chef Markus Söder wird auch weiterhin Ministerpräsident bleiben. Die Frage ist nur, ob er die absolute Mehrheit der Stimmen erhält oder wieder auf einen Koalitionspartner angewiesen ist. Dieser könnte dann auch wieder Hubert Aiwanger von den Freien Wählern sein. Nicht grundsätzlich auszuschließen ist auch eine Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Die Grünen. Andere Relationen sind wenig wahrscheinlich.

Die CSU kommt, je nach Umfrage (siehe Abb. 4), auf 38, 40 oder 42 Prozent. Zweitstärkste Kraft dürften wieder Bündnis 90/Die Grünen werden. Sie liegen zurzeit zwischen 16 und 19 Prozent. Dahinter kämpfen die SPD, die Freien Wähler und die AfD um die Plätze. Alle liegen laut Umfragen zwischen neun und 13 Prozent. Fraglich ist, ob es die FDP in den Landtag schaffen wird. Sie erhält je nach Institut drei bis fünf Prozentpunkte. Ein erstmaliger Einzug der LINKEN in den bayerischen Landtag gilt den Prognosen zufolge als unwahrscheinlich.

Abbildung 4: Wahlprognosen von Forsa, INSA und Infratest dimap für die Landtagswahl in Bayern am 8. Oktober 2023 (in %)



Quelle: www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/bayern.htm

DIE SONDERROLLE DER CSU

Die konservative Christlich-Soziale Union in Bayern e. V. (CSU) ist mit rund 132.000 Mitgliedern (Süddeutsche Zeitung vom 8.2.2023) die drittgrößte Partei in Deutschland und dominiert seit ihrer Gründung 1945 die Politik im Land Bayern. Seitdem hatte der Freistaat nur ein Mal einen Ministerpräsidenten, der nicht Mitglied der Hegemonial- und Staatspartei war: Von 1954 bis 1957 war Wilhelm Hoegner von der SPD Regierungschef, obwohl die CSU auch damals die größte Landtagsfraktion bildete.

In der Tradition der katholischen Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei stehend sollte die Gründung der CSU ein Gegengewicht zu SPD und KPD bilden. Bereits bei der ersten Landtagswahl 1946 erreichte die Partei mit 52,3 Prozent die absolute Mehrheit; seit 1957 stellt sie ununterbrochen den bayerischen Ministerpräsidenten. Sie und ihre Schwesterpartei, die CDU, werden gern als Union oder C-Parteien bezeichnet und bilden im Bundestag eine Fraktionsgemeinschaft. Die CDU tritt nicht in Bayern an, die CSU verzichtet auf Wahlteilnahmen im Rest der Republik. Auf europäischer Ebene ist die CSU Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP).

Mit dem Auftreten der Bayernpartei (BP) zur Wahl 1950 halbierte sich der Stimmenanteil der CSU plötzlich von 52,3 auf 27,4 Prozent (siehe Tab. 2). Die Bayernpartei selbst kam damals auf 17,9 Prozent. Sie beteiligt sich bis heute regelmäßig an Wahlen in Bayern, an Bundestags- und Europawahlen. Sie gilt als regionalistisch-separatistisch. Hauptziel der BP ist der Austritt Bayerns aus dem deutschen Staatsverband. Sie verfolgt ein wertkonservatives Programm und ist als extrem föderalistisch zu charakterisieren. Von 1962 bis 1966 war sie in einer Koalition mit der CSU an der bayerischen Regierung beteiligt. Doch mit ihrem Ausscheiden aus dem Landtag verlor sie zusehends an Einfluss und ist heute nur noch auf kommunaler Ebene und in drei Bezirkstagen vertreten.

Von der Parteigründung bis zum heutigen Tag gelingt es der CSU, den Wähler*innen außerordentlich erfolgreich zu suggerieren: Die CSU und Bayern sind zu 100 Prozent identisch.

Tabelle 2: Landtagswahlergebnisse der CSU 1946 bis 2018

Jahr	Stimmenanzahl	Stimmenanteil	Sitze
1946	1.593.908	52,3%	104/180
1950	1.262.377	27,4%	64/180
1954	1.835.959	38,0%	83/204
1958	2.091.259	45,6%	101/204
⋮	⋮	⋮	⋮
1994	3.100.253	52,8%	120/204
1998	3.278.768	52,9%	123/204
2003	3.167.408	60,7%	124/180
2008	2.336.439	43,4%	92/187
2013	2.879.067	47,7%	101/180
2018	2.551.046	37,2%	85/205

Quelle: Christlich-Soziale Union in Bayern: Landtagswahlen seit 1946, www.wikipedia.de

WIE IST DIE SONDERROLLE DER CSU ZU ERKLÄREN?

Die komplexen Wirkungszusammenhänge, die das «Phänomen Bayern» ausmachen und zur Entwicklung der CSU-Hegemonie in Bayern geführt haben, in gebotener Ausführlichkeit darzulegen, würde den Rahmen dieser Analyse bei Weitem sprengen. Deshalb sollen an dieser Stelle lediglich einige zum Verständnis der bayerischen Realität notwendige Stichpunkte genannt und fragmentarische Erläuterungsversuche unternommen werden. Für eine eingehendere Beschäftigung mit dem Thema sei auf den Soziologen und Politologen Alf Mintzel¹ verwiesen.

Laut Mintzel (1998) ist die politische Kultur Bayerns in einem langen Prozess der inneren Homogenisierung entstanden. Sie sei das Produkt langfristiger, durch die fast 200-jährige territoriale Kontinuität Bayerns begünstigter politisch-kultureller Homogenisierungsstrategien und -prozesse. Bayern erlebte nach 1945 einen ungeheuren und rapiden Modernisierungs- und Säkularisierungsschub und sei erst in den letzten Jahrzehnten zu der regionalen politisch-kulturellen Einheit geworden, als die es sich heute präsentiere. Aber in dieser Einheit lebe immer noch die Vielgestaltigkeit seiner alten Regionen fort.

Im Wesentlichen mache das «Phänomen Bayern» aus, so Mintzel weiter, dass es der CSU gelungen sei, auf dem Boden der alten Staatstradition und mit dem Rückenwind der Prosperität und globalen Nachkriegskonstellation Überkommenes und moderne Industriegesellschaft in einer spezifisch bayerischen Prägung miteinander zu verbinden. Er betont die dominante katholische Wähler*innenschaft Bayerns und ihre immer noch starke Kirchenbindung. Zudem profitiere die CSU in hohem Maße von unsichtbaren «Zubringerdiensten». Dazu zählt Mintzel zum Beispiel Sportvereine, Trachten- und Folklore-Verbände und katholische Laienorganisationen. Auch der Zugang zu den Massenmedien stehe der erfolgreichen Großpartei in Bayern weit offen und sie sei medial kontinuierlich präsent. Im Vergleich zu anderen Parteien werde die CSU von diesen Faktoren außergewöhnlich stark begünstigt. Als Volkspartei der rechten Mitte verkörpere sie das «gesunde Volksempfinden». Somit stellt sich Bayern als

1 Mintzel, Alf: Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer, Passau 1998.

politische Einheit dar – als CSU-Staat, und jede vermeintliche Attacke auf das Land führt unvermeidlich zu einer Kohäsion nach innen und zu einer stimmungsmäßigen Verdichtung politisch-kultureller Identität.

Und wie kann man die Hegemonial- und Staatspartei CSU politisch am besten bekämpfen? Nach Auffassung des ehemaligen SPD-Politikers, Publizisten, Kommunikationswissenschaftlers und Mitglied des bayerischen Landtags Peter Glotz (1939–2005) löst «die allgemeine Attitüde, als sei diese Partei debil-sepplhaft, sozusagen die Partei der süddeutschen Ostfriesen, in Bayern nichts aus als bayerische Solidarität: Die erreicht das Gegenteil des Gewollten».²

2 Zit. n. ebd.

THEMEN UND AKTEURE

CSU

Nun gibt es politische Entscheidungen, die nicht in diesem Bundesland fallen und die durchaus das Potenzial besitzen, dieser Partei wieder den Status zu verschaffen, den sie seit fünf Jahren nicht mehr hat: die absolute Mehrheit. Wenn nun, wie im März 2023 geschehen, eine Bundesregierung, an der die C-Parteien nicht beteiligt sind, eine Wahlrechtsreform beschließt, die im Ergebnis dazu führt, dass vielleicht zukünftig keine CSU-Politiker*innen mehr in den Bundestag einziehen, dann kann dies durchaus den bayerischen Wähler*innen als Angriff auf ihre Identität, ihre Kultur, ihr Selbstverständnis und damit als anti-bayerisch verkauft werden. Die CSU wird gegen die Wahlrechtsreform in Karlsruhe vor Gericht ziehen. Nach Auffassung Christoph Schönbergers, Professor für Staatsrecht und Staatsphilosophie an der Universität zu Köln (Interview, Süddeutsche Zeitung vom 22.3.2023), kann sich die Partei zwar die Mühe sparen – verfassungsrechtlich gebe es keine Pflicht des Gesetzgebers, regionale Elemente zu berücksichtigen. Darüber hinaus sei es nicht die Aufgabe des Wahlrechts, die CSU optimal abzusichern. Aber der Ausgang dieser Verfassungsklage ist für die Landtagswahl sekundär. Wichtig ist der Eindruck bei den Wähler*innen, dass sich die CSU – und damit der «bayerische Staat» – mit allen Mitteln gegen diesen Angriff der politischen Gegner wehrt. Dies kann als ein Musterbeispiel der oben beschriebenen «Attacke auf Bayern» gedeutet werden, die jedoch unvermeidlich den inneren Zusammenhalt des CSU-Staats stärken und die politisch-kulturelle Identität stimmungsmäßig verdichten wird.

Um das Risiko, die absolute Mehrheit knapp zu verfehlen, möglichst gering zu halten, scheuen die Verantwortlichen der CSU auch vor dem Tabubruch nicht mehr zurück. Was Ministerpräsident Edmund Stoiber vor 30 Jahren noch als «Teufelsanbetung» brandmarkte: die Homo-Ehe, legitimiert Nachfolger Söder ganz beiläufig, in lockerem Plauderton, in der vierten Folge seines Podcasts «Auf eine weiß-blaue Tasse»: «Wir brauchen einen Queer-Aktionsplan in Bayern.»³ Einen Aktionsplan für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt haben bereits alle Bundesländer – außer Bayern. Der CSU-Vorsitzende räumt ein, dass es früher durchaus Vorbehalte

3 Auf eine weiß-blaue Tasse #4: Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Dietmar Holzapfel, Podcast der Bayerischen Staatsregierung, 18.3.2023, unter: <https://bayern.podigee.io/5-dietmar-holzapfel>.

in seiner Partei gegen Homosexuelle gegeben habe, er aber froh sei, dass dies überwunden sei. Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Bayern sieht dies als Chance. Diskriminierung und Gewalt seien für viele queere Menschen in Bayern immer noch Alltag.

Ganz offensichtlich sind die Wahlkampfmanager*innen der Staatspartei der Ansicht, dass mittlerweile das neue Motto «Lieben und lieben lassen» in der Addition mehr Stimmen bringt, als es auf der klerikal-konservativen Seite kostet.

Freie Wähler

In den 1950er-Jahren bildeten sich in Bayern auf kommunaler und regionaler Ebene Wähler*innengemeinschaften, die als Alternative zu den etablierten Parteien mit eigenen, unabhängigen Kandidat*innen bei Kommunalwahlen antraten. Der Landesverband Bayern der freien und unabhängigen Wählergemeinschaften e. V. (FW Landesverband Bayern) besteht seit 1978 und umfasst heute etwa 870 Orts- und Kreisverbände, die sich in Bezirksverbänden organisieren. 1998 nahmen die Freien Wähler zum ersten Mal an Landtags- und Bezirkstagswahlen teil. Hierzu war es notwendig, die Wählergruppe FW, Freie Wähler Bayern e. V., zu gründen. Landesvorsitzender ist seit 17 Jahren der erzkonservative Hubert Aiwanger.

Das Antreten bei den Landtagswahlen war intern umstritten und wurde von einigen Kreisverbänden abgelehnt. Die FW, so die Kritik, würden damit ihr originäres Betätigungsfeld, die Kommune, verlassen. Befürworter*innen verweisen darauf, dass die Regeln für die Kommunen im Land gemacht würden.

Im Wahlkampf gibt es kaum ein Thema, das die FW nicht für sich beanspruchen: personelle Aufstockung der Sicherheitskräfte und Drogenbekämpfung, die Stärkung von Bürger*innen- und Menschenrechten, Mittelstandsförderung und öffentliche Haushaltsdisziplin, staatliche Daseinsvorsorge, Chancengleichheit in der Bildung und Wohnraumförderung. Nicht zu vergessen: die ökologischen Ziele in der Energiepolitik mit dem Schwerpunkt Wasserwirtschaft. Dem Vorwurf der daraus resultierenden fehlenden Zuordnung in der Parteienlandschaft, der Beliebigkeit und des Populismus begegnen die FW mit dem Argument, auf diese Art und Weise eine pragmatische Politik jenseits ideologischer Determinierung zu betreiben.

Seit 2008 sind die FW im bayerischen Landtag vertreten. Damals erhielten sie 10,2 Prozent und 21 Sitze, 2013 waren es 9,0 Prozent und 19 Sitze und 2018 11,6 Prozent und 27 Sitze. Ihre Arbeitsschwerpunkte in der Landespolitik bilden seitdem die Bildungs- und Hochschulpolitik, die Förderung erneuerbarer Energien, aber auch die Hinterfragung von Großprojekten wie zum Beispiel den Bau der dritten Startbahn des Münchener Flughafens.

Es ist naheliegend, dass die FW ihre Erfolge hauptsächlich im ländlichen Raum verbuchen und sich hier als Alternative zur CSU generieren. Ihr Ziel bei den Landtagswahlen war und ist es, die Dominanz der CSU zu brechen. Bereits vor 2008 waren sie in Bayern eine ernst zu nehmende politische Kraft. Dass sie wegen ihrer politisch konservativen Einstellung von politischen Gegnern gern als «CSU light» verspottet werden, stört sie wenig, schließlich profilieren sie sich bis heute hauptsächlich auf Kosten der CSU. Es ist in der Tat auffällig, dass die CSU mit keiner anderen Partei im Wahlkampf so scharf ins Gericht geht wie mit den FW, weil beide in ihren konservativen Politikansätzen kongruent sind.

Aus diesem Grund war es auch keine Überraschung, dass sich die CSU nach der letzten Landtagswahl für eine Koalition mit den FW entschied und nicht für eine Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Die Grünen, mit denen sie ebenfalls Sondierungsgespräche führte.

Der rechtslastige Hubert Aiwanger von den Freien Wählern ist seitdem Stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie – und er würde es auch gern nach dem 8. Oktober bleiben. Die Chancen dafür stehen, zumindest den Prognosen zufolge, nicht schlecht. Der Diplom-Agraringenieur absolvierte nach Ableistung seines Grundwehrdienstes mithilfe eines Stipendiums der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung ein Landwirtschaftsstudium an einer bayerischen Fachhochschule und beteiligte sich an der Bewirtschaftung des elterlichen Hofes mit Milchvieh und Zuchtsauen. Der ehrgeizige Landwirt hat sich zum Ziel gesetzt, zweitstärkste Kraft hinter der CSU zu werden. Den Umfragen zufolge wird er dieses Ziel jedoch verfehlen. Die Grünen liegen stabil zwischen 16 und 19 Prozent und allein mit deren Diskreditierung als reine Ideologierpartei wird er dies nicht schaffen. Sein Plan: auch die Themen ansprechen, an die sich seiner Auffassung nach die anderen Parteien, mit Ausnahme der AfD, nicht herantrauen: Zuwanderung und Kriminalität. Nicht allein am rechten Rand zu fischen, sondern auch Grün-

wähler*innen zu erreichen, hofft er mit der Forderung, die Erbschaftssteuer abzuschaffen. Solche Forderungen lassen sich in Landtagswahlkämpfen immer gut erheben, schließlich sind sie eine Angelegenheit des Bundes, die Bayern gar nicht entscheiden kann. Mag Aiwanger auch mit solchen unsozialen Forderungen bei manchem bürgerlichen Grünen auf Zustimmung stoßen – seine Ablehnung eines Tempolimits dürfte eher abschrecken. Außerdem haben die FW offensichtlich ein Problem mit ihren Kompetenzwerten. Laut BR24 halten nur sechs Prozent der Wähler*innen die FW für kompetent, die Wirtschaft voranzubringen,⁴ obwohl sie mit Aiwanger den Wirtschaftsminister stellen.

SPD

Der bayerische Landesverband der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist mit 50.850 Mitgliedern (Süddeutsche Zeitung vom 8.2.2023) der zweitgrößte Landesverband einer Partei in Bayern hinter der CSU. Die Hochphase der bayerischen SPD ist jedoch längst Geschichte. Diese erlebte sie in der dritten Legislaturperiode (1954–1957) unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (1887–1980), als die sogenannte Vierkoalition aus SPD, BP, dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und FDP gegen die CSU, die auch damals stärkste Partei war, die Regierung bildete. Hoegner war bereits 1945/46 Ministerpräsident, damals jedoch nicht gewählt, sondern von den US-amerikanischen Befreiern eingesetzt. Seit 1957 ist die SPD von profilierenden Regierungsämtern ausgeschlossen. In den industrialisierten fränkisch-protestantischen Regionen und den Industrieinseln blieb sie noch relativ stark. In den 1960er-Jahren betrug ihr Stimmenanteil noch circa 35 Prozent, in den 1970er-Jahren noch 30 Prozent; bis zu den Wahlen 2018 fiel sie auf 9,7 Prozent – wo sie auch in den aktuellen Prognosen liegt.

Mit direkten Attacken auf CSU-Chef Söder und einem «direkten Draht» ins Kanzleramt will, laut BR24,⁵ Spitzenkandidat Florian von Brunn die bayerischen Wähler*innen überzeugen, dass es das Beste für sie sei, ihr Kreuzchen bei der SPD zu machen. «15 Prozent plus X» wolle man so er-

4 Astrid Halder: Freie Wähler wollen zweitstärkste Kraft in Bayern werden, BR24, 13.1.2023, unter: www.br.de/nachrichten/bayern/freie-waehler-wollen-zweitstaerkste-kraft-in-bayern-werden,TSjInMC.

5 Vgl. Esmann, Irene/Wilsdorff, Arne: Bayern-SPD: Mit Kanzlerbonus zu 15 Prozent plus X?, BR24, 19.1.2023, unter: www.br.de/nachrichten/bayern/bayern-spd-mit-kanzlerbonus-zu-15-prozent-plus-x,TTHvxT2.

reichen. Schließlich sei es die SPD, die sich bei der Bundesregierung für Bayern einsetzen könne. Die CSU sei hingegen nur «Juniorpartner in der Opposition» und habe keinen direkten Einfluss.

Potenzial sieht die SPD zum Beispiel beim Thema «bezahlbares Wohnen». Söder habe nach der letzten Wahl versprochen, 10.000 neue und bezahlbare Wohnungen bis 2025 zu errichten, aber von dieser Zielmarke sei man momentan sehr weit entfernt. Die SPD hingegen wolle, so von Brunn, für nicht weniger als 80.000 neue Wohnungen pro Jahr sorgen. Dass das Ziel seiner Parteigenossin, Bundesbauministerin Klara Geywitz, in Deutschland jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, längst als Utopie apostrophiert wird, scheint dem bayerischen SPD-Vorsitzenden in diesem Zusammenhang nicht relevant.

Angesprochen auf seine schlechten Umfragewerte wiederholt von Brunn, dass auch die Bundes-SPD 2021 schlecht ins Wahljahr startete und am Ende Olaf Scholz trotzdem ins Kanzleramt eingezogen sei. Dass die Ausgangslage in Bayern grundsätzlich eine andere ist, kümmert ihn offensichtlich nicht, und er hofft wohl, dass es den bayerischen Wähler*innen genauso geht.

Hinzu kommt ein offensichtliches Bekanntheitsproblem beim Spitzenpersonal. Laut Umfrage von BR24 im Januar 2023 sind 56 Prozent der Bayer*innen mit Söders Arbeit zufrieden, der SPD-Kandidat kommt in derselben Umfrage auf 12 Prozent. Viele gaben an, ihn überhaupt nicht zu kennen oder keine Angaben machen zu wollen. Gegensteuern will die Partei mit der Hilfe der Hamburger Agentur Raphael Brinkert, die den erfolgreichen Wahlkampf der Bundes-SPD geführt und auch schon für Angela Merkel gearbeitet hat. Dass die bayerische SPD am Ende bei der Regierungsbildung mitreden darf, scheint angesichts der bayerischen Realität mehr als illusorisch. Ein gutes Ergebnis für diese Partei ist sicherlich bereits ein zweistelliges Ergebnis.

FDP

Auch für die Freien Demokraten ist Bayern alles andere als eine Hochburg. In den ersten Nachkriegsjahrzenten konnten sie mit den im liberal-protestantischen Mittelfranken erzielten Ergebnissen ihren Einzug in den Landtag sichern. 1982 und 1986 scheiterte die FDP jedoch an der Fünf-Prozent-Hürde, lag 1990 mit 5,2 Prozent wieder knapp darüber und verpasste 1994 mit 2,8 Prozent, 1998 mit 1,7 Prozent und 2003 mit 2,6 Pro-

zent den Einzug. Im Jahr 2008 erreichte sie mit 8,0 Prozent ihr bestes Ergebnis in Bayern und war sogar CSU-Koalitionspartner. 2013 kam sie auf nur 3,3 Prozent und schaffte 2018 mit 5,1 Prozent gerade eben wieder den Sprung in den Landtag.

Mit der beim Parteitag im März 2023 verkündeten Autosuggestion «Das Beste liegt vor uns» will man im Oktober nicht nur den erneuten Einzug ins Parlament schaffen, sondern auch noch mitregieren. In Bayern hofft man deshalb darauf, dass sich für möglichst viele potenzielle FDP-Wähler*innen der Blick auf die Berliner Ampelkoalition verbessert. Schließlich habe, so die Argumentation, die Bundesregierung Deutschland gut durch den Winter gebracht: Es gab keine Blackouts, keine Insolvenz und angeblich musste auch niemand frieren – zumindest kein*e potenzielle*r FDP-Wähler*in, wie der Vollständigkeit halber wohl hinzuzufügen ist. Daneben will man vor allem die «eigenen Erfolge» wie die geplante Cannabis-Legalisierung, die Aufhebung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche und die Aktienrente offensiver verkaufen. Punkten will man zudem mit einer «großen Bildungsreform» (Unterrichtsbeginn nicht vor 9:00 Uhr) und den FDP-Evergreens: einer digitaleren Verwaltung, einem schlanke- ren öffentlich-rechtlichen Rundfunk, besseren Bedingungen für Start-ups, der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und der Entflechtung von Staat und Kirche.

Richten soll es der 41-jährige Martin Hagen, der im letzten Oktober zum Spitzenkandidaten gewählt wurde und «elf Monate Vollgas» postulierte. Laut BR24 BayernTrend⁶ muss er jedoch noch an seiner Bekanntheit arbeiten: Im Januar 2023 gaben 68 Prozent der Befragten an, dass sie ihn nicht kennen oder keine Meinung zu ihm haben.

Mit scharfer Kritik an der Landesregierung will Hagen dies offensichtlich ändern. CSU und Freie Wähler hätten beim Start ihrer Koalition 2018 eine positive Ausgangslage vorgefunden. Die Wahrheit aber sei, dass es Bayern heute in keinem Bereich besser gehe als damals. Beispiele hierfür seien der Lehrer*innenmangel, fehlende Kita-Plätze, Wohnungen und Fachkräfte. Auch bei der Energieversorgung gebe es massive Defizite, weil CSU und Freie Wähler jahrelang den Netzausbau verschleppt hät-

6 Heim, Maximilian: Analyse: Wie die bayerische FDP Schwung kriegen will, BR24, 19.3.2023, unter: www.br.de/nachrichten/bayern/analyse-wie-die-bayerische-fdp-schwung-kriegen-will,TYqbxTm.

ten. Der Ausstieg aus der Atomkraft «zum jetzigen Zeitpunkt» sei falsch. Im Gegenteil müssten alle verfügbaren Atomkraftwerke «schnellstmöglich» wieder ans Netz, um eine weitere Verteuerung der elektrischen Energie für Bürger*innen und Unternehmen wirkungsvoll zu verhindern. Um eine Wiederinbetriebnahme der bereits abgeschalteten Meiler zu ermöglichen, solle «– solange notwendig – auf einen Rückbau verzichtet werden».⁷ Neue Brennelemente gelte es zu bestellen.

In den derzeitigen Umfragen liegt die FDP zwischen 3 und 5 Prozent. Zwei Legislaturperioden hintereinander im Landtag – das würde für die bayerischen Freidemokrat*innen eine Rarität darstellen.

AfD

Zwischen 1945 und der letzten Landtagswahl 2018 ist es einer rechtsradikalen Partei nur ein Mal gelungen, in den bayerischen Landtag einzuziehen: 1966 schaffte es die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) mit einem Stimmenanteil von 7,4 Prozent, 15 Abgeordnete in den Landtag zu entsenden. Die meisten Stimmen erhielt sie damals in den ländlichen Gebieten Mittelfrankens mit hohem protestantischen Bevölkerungsanteil: den Gebieten, die ein paar Jahre zuvor zu den Hochburgen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) gezählt hatten. Die Republikaner scheiterten 1990 mit 4,9 Prozent knapp, danach aber deutlich und sind inzwischen marginalisiert.

2013 gründete sich in Bayern die Alternative für Deutschland, trat bei den dortigen Landtagswahlen jedoch noch nicht an, sondern konzentrierte sich auf die im selben Jahr stattfindenden Bundestagswahlen, bei denen sie 2,2 Prozent der Erst- und 4,3 Prozent der Zweitstimmen aus Bayern erhielt. 2018 zog die Landespartei mit 10,2 Prozent als viertstärkste Partei mit 22 Abgeordneten in den Landtag ein. Geblieben sind ihnen davon noch 17, fünf verließen die Fraktion vorzeitig.

Im September 2022 beschloss das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz zu prüfen, inwieweit in der Gesamtpartei – und nicht nur wie zuvor in dem «völkischen Flügel» und dem Parteinachwuchs Junge Alternative (JA) – Bestrebungen vorliegen, die den Kernbestand des Grund-

7 Vgl. FDP Bayern: Vorerst kein Rückbau von Kernkraftwerken, o. D., unter: www.fdp-bayern.de/vorerst-kein-rueckbau-von-kernkraftwerken.

gesetzes zu beeinträchtigen oder zu beseitigen suchen. Die AfD klagte dagegen und Ende Oktober 2022 entschied das Münchener Verwaltungsgericht, dass der Verfassungsschutz die Beobachtung zunächst auszusetzen hat. Eine «heimliche Ausforschung» greife in die Tätigkeit der Partei ein und es bestehe in der Abwägung «die Gefahr einer Beeinträchtigung der Chancengleichheit» im künftigen Landtagswahlkampf (Süddeutsche Zeitung vom 25.10.2022). Diese Zwischenentscheidung sei keine inhaltliche Entscheidung darüber, ob tatsächlich Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung vorliegen. Angesichts der «komplexen Sachlage» werde das Gericht noch einige Zeit benötigen, um zu einer endgültigen Entscheidung zu kommen. Schließlich lägen den Sicherheitsbehörden Tausende Seiten umfassendes Material vor.

Nun herrscht in deutschen Gerichtssälen nicht erst seit Oktober 2022 viel zu oft ein ignorantes Verhalten gegenüber den ideologischen und organisatorischen Hintergründen rechter Täter*innen, worauf auch Martina Renner, Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraktion im Bundestag, hingewiesen hat.⁸ In diese Rubrik ist leider auch der Beschluss des Münchener Verwaltungsgerichts einzuordnen. Allein mit dem Anspruch, jene Wähler*innen zu erreichen, die Furcht vor Migration haben, können die verbalen faschistischen Provokationen, die von rechtsradikalen Parteimitgliedern im Wahlkampf geäußert werden, jedenfalls nicht erklärt werden. Und der politische Aschermittwoch dieser Partei wäre vermutlich anders verlaufen, hätte es dieses Fehlurteil nicht gegeben.

Beim Politischen Aschermittwoch im niederbayerischen Osterhofen kündigte eine AfD-Landtagsabgeordnete dem Auditorium an: Ehen zwischen Weißen seien spätestens ab 2040 verboten, weil sie «rassistisch wären», Kinder würden dann nicht mehr in Deutschland und Bayern geboren, sondern gleich «volljährig aus Afrika importiert».⁹ Das hätte riesige Vorteile, dadurch bräuchten die «zwei Trans-Väter und drei Inter-Mütter keine Elternzeit mehr». Den Grünen und der Antifa, die «die ganze Welt aufnehmen wollen», rät die AfD, den Schlüssel außen an der Tür stecken zu lassen, damit jeder ein- und ausgehen könne. Der Kühlschrank solle stets

8 Martina Renner: Das Justizproblem. Rechte Richter*innen in der BRD, in: Die Rote Hilfe 1/2023, S. 32 f.

9 Hier und im Folgenden zit. n. Reichart, Johannes: AfD: Neue Radikalität der Sprache, BR24, 26.2.2023, unter: www.br.de/nachrichten/bayern/afd-neue-radikalitaet-der-sprache,TWsKkSQ.

gefüllt sein, und wenn das nicht reiche, dann «könnt ihr eure Frauen bzw. eure Töchter auch zur Verfügung stellen», das sei bei dem Klientel sehr angesehen. Die AfD hingegen mache Politik fürs «eigene Volk» und arbeite nicht für «Globalisten und Finanzeliten», die mit dem «Altparteien-Kartell» den «Great Reset»¹⁰ verfolgten. «Wir werden von Juden regiert», grölt der Nazi-Pöbel im Zelt als Antwort. Die Staatsanwaltschaft Deggendorf ermittelt wegen Volksverhetzung.

Bündnis 90/Die Grünen

Den bayerischen Grünen gelang 1986 mit 7,5 Prozent zum ersten Mal der Einzug in den Landtag (1990: 6,4 Prozent; 1994: 6,1 Prozent; 1998: 5,7 Prozent; 2003: 7,7 Prozent; 2008: 9,4 Prozent; 2013: 8,6 Prozent; 2018: 17,6 Prozent). Bis zur Jahrtausendwende rekrutierten sie ihre Wähler*innen hauptsächlich aus dem gleichen Milieu wie die SPD. Ihre gegenwärtigen Erfolge, vor allem die 17,6 Prozent bei der letzten Landtagswahl, lassen sich nur mit einem nicht unerheblichen Zuwachs aus dem bürgerlichen Wohstandsmilieu erklären. Auch sind sie keine Jugendpartei mehr; in der Generation der 30- bis 60-Jährigen sind sie durchschnittlich, jenseits davon mit nur 4 Prozent schwach vertreten. Häufig gewählt werden sie von Hochgebildeten, Frauen, Angestellten und Beamt*innen.

Im März 2023 präsentierte die Partei ihr 86-seitiges Wahlprogramm, mit dem sie als Gegenpol zur CSU, ihrem erklärten Hauptgegner, in den Wahlkampf zog. Katharina Schulze, Spitzenkandidatin und Fraktionschefin, deklamierte bei der Präsentation: «Wir wollen in die Regierung und haben den besten Plan für Bayern. Darum heißt es auch Regierungsprogramm.»

Bayerische grüne Ideen und Ziele sind zum Beispiel ein 29-Euro-Klimaticket, weniger Nutztiere und ein Klimacheck für alle Gesetze und Ausgaben. Neben den grünen Kernthemen Klima und Umwelt hat die Partei in ihrem Wahlkampf Kinder und Jugendliche im Fokus: Jedes Kind soll bis zum Ende seiner Grundschulzeit schwimmen gelernt haben, in Schwimmbäder müsse investiert werden. Die Mittagsverpflegung an allen Schulen soll kostenlos werden. Um Viertklässler*innen weniger stark unter Druck zu setzen als bisher, planen die Grünen, die Übertrittsnote für die weiterführende Schule abzuschaffen. Stattdessen sollen die Eltern –

10 «Great Reset» ist eine auch in der AfD populäre Verschwörungstheorie, die behauptet, die Bevölkerung Deutschlands solle durch Immigration «ausgetauscht» werden.

nach guter Beratung durch die Lehrkräfte – die geeignete Schule für ihr Kind auswählen.

Eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen an die Landesregierung im Dezember 2022 ergab, dass insgesamt 5.200 Personen in Bayern der Reichsbürger-Szene zugeordnet werden – ein Spitzenwert in Deutschland. 16 von ihnen arbeiteten im Staatsdienst, sechs seien Polizeibeamte oder im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz beschäftigt. Bis heute habe die Regierung den Grünen zufolge nichts unternommen, um dieses Problem zu lösen. Dem Regierungschef Markus Söder halten die Grünen vor: «Danke für nichts.» Bayern trete auf der Stelle, die «de facto CSU-Alleinregierung» habe in fünf Jahren nichts Substanzielles für Bayern erreicht.¹¹

DIE LINKE

Wie in allen sich kapitalistisch reproduzierenden Gesellschaften – das ist systemimmanent – gibt es auch im reichen Bayern Armut. Folgt man der EU-Konvention, nach der als armutsbedroht gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung zur Verfügung hat, liegt die Schwelle in Deutschland bei 1.126 Euro für Alleinstehende. Laut Mikrozensus 2021 betrifft das in Bayern 1,6 Millionen Menschen – mehr als München Einwohner*innen hat. Auffallend ist, dass in Bayern rund 22 Prozent der über 65-Jährigen von Armut bedroht sind – das sind deutlich mehr als in fast allen anderen Bundesländern.

Diese Armut zu bekämpfen ist originäres Programm der Partei DIE LINKE. Sie hofft, mit dem Kampf für wenigstens etwas mehr materielle Gerechtigkeit im Wahlkampf punkten zu können. Spitzenkandidatin Adelheid Rupp, die engagierte Rechtsanwältin, saß bereits von 2003 bis 2013 für die bayerische SPD im Landtag und ist seit 2021 Mitglied der Linkspartei. Sie betont die großen sozialen Unterschiede in Bayern, vor allem die Altersarmut sei auf einem Rekordhoch und ein Drittel aller Frauen in Bayern sei arm. Die Profite, die das Kapital, insbesondere derzeit in der Rüstungsindustrie, mache, sind ihrer Auffassung nach unanständig. Laut der Tageszeitung *neues deutschland* ist man sich in der Partei einig, dass es in Bayern, wo sich bundesweit die meisten Produktionsstandorte der Rüs-

11 Grüne Bayern: Fünf Jahre Ministerpräsident Söder: Danke für nichts, 16.3.2023, unter: www.gruene-bayern.de/fuenf-jahre-ministerpraesident-soeder-danke-fuer-nichts/.

tungsindustrie befinden, einen Stopp von Rüstungsexporten in die Ukraine geben müsse.

Die 186 Delegierten stimmten im März 2023 verhältnismäßig geräuschlos einem Wahlprogramm zu, das unter anderem folgende Punkte beinhaltet:

- Das dreigliedrige Schulsystem soll abgeschafft und alle Schüler*innen sollen zehn Jahre lang gemeinsam unterrichtet werden.
- Hausaufgaben sollen grundsätzlich während der Schulbetreuung erledigt werden, ab 16:30 Uhr ist Freizeit.
- Das gesetzliche Recht der Arbeitnehmer*innen auf Nichterreichbarkeit in der Freizeit soll durchgesetzt werden.
- Die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen in angespannten Wohnlagen soll verboten werden.

Grundsätzlich will sich die Partei für mehr bezahlbaren Wohnraum, höhere Löhne, mehr Personal in Schulen und Kitas, für eine Bildung, die «nicht vom Geldbeutel abhängt», und den Ausbau von Bus und Bahn vor allem in der Fläche einsetzen.

In der Hoffnung, den Sprung ins Parlament zu schaffen und diese wichtigen Themen dort zur Sprache bringen zu können, öffnet sich die Partei im Rahmen eines Kooperationsabkommens zwei Kleinstparteien, die sonst sicher an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern würden.

Die Partei «mut»: Sie thematisiert unter anderem den Gesundheits- und Pflegebereich, der ohne zusätzliches Personal vor dem Kollaps stehe. Außerdem fordert sie eine Reform des Bildungssystems, das Kinder ärmerer Menschen ohne akademische Abschlüsse benachteilige. Bei der Landtagswahl 2018 kam «mut» auf 0,3 Prozent.

Die Partei «Die Urbane»: Sie besteht seit 2021 und hat 100 Mitglieder. Sie setzt sich besonders für die Rechte von Migrant*innen und Geflüchteten ein, fordert die Abschaffung von Sammelunterkünften, eine private Unterbringung und eine Arbeitserlaubnis für alle. Wichtig ist ihr darüber hinaus eine Entnazifizierung aller Institutionen, ein Ende der Polizeigewalt und ein Stopp des Racial Profiling in Bayern.

AUSBLICK

Es hat Tradition und gilt als Konvention, dass in Landtagswahlen immer auch ein Stimmungsbild der Arbeit der Bundesregierung erkennbar wird. Um dieses ist es jedoch nicht gerade glänzend bestellt. Laut Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa¹² wünschen sich 55 Prozent der Befragten in Deutschland kein Weiterregieren der Ampelkoalition, nur etwa 30 Prozent der Befragten sehen eine Fortsetzung als wünschenswert an. Unter den FDP-Wähler*innen wollen dies 51 Prozent, unter den SPD-Anhänger*innen 61,5 Prozent und bei Bündnis 90/Die Grünen 65,3 Prozent.

Was bedeuten diese Zahlen für den Urnengang im Südosten am 8. Oktober? Für die bayerische C-Partei, die sich in Berlin bekanntlich gerade in der Opposition befindet, grundsätzlich einen Vorteil, den die Hegemonial- und Staatspartei in Verbindung mit den oben skizzierten «bayerischen Verhältnissen» sicher für sich nutzen kann und wird. Hinzu kommt die Wahlrechtsreform, die als Attentat und persönlicher Angriff aufgefasst und für sich allein genommen durchaus das Potenzial haben könnte, der CSU eine absolute Mehrheit zu bescheren.

Den bayerischen Oppositionsparteien SPD und FDP verheißen sie nichts Gutes, besonders für Letztere. Die bayerischen Liberalen haben alle fünf Landtagswahlen seit Amtsantritt der Ampelkoalition verloren. Sie sind nur noch in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen im Landtag vertreten. Im Saarland hat die FDP zwar um 1,5 Prozent zugelegt, ist mit 4,8 Prozent aber dennoch am Wiedereinzug in den Landtag gescheitert.

Die Sozialdemokrat*innen schafften es zwar im Saarland im März letzten Jahres, fast 14 Prozent zuzulegen, sie regieren dort – wie in keinem anderen Bundesland – mit einer Wähler*innengunst von 43,5 Prozent allein und ohne eine Koalition eingehen zu müssen; dafür verloren sie jedoch in Schleswig-Holstein zweistellig und in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Berlin nicht unerheblich.

Wie in allen sich kapitalistisch reproduzierenden Ländern – auch das ist systemimmanent – benutzen die Herrschenden die prekären Lebensla-

12 Zit. n. Auer, Katja/Balbierer, Thomas/Glas, Andreas/Osel, Johann: «Bierzelt ist halt Bierzelt» – oder?, sueddeutsche.de, 6.9.2022, unter: www.sueddeutsche.de/bayern/markus-soeder-arbeitslose-gillamoos-bayern-hartz-ivcsu-bierzelt-1.5652270?reduced=true.

gen der von Armut betroffenen Menschen, für die sie im Ergebnis selbst die politische Verantwortung tragen, zur eigenen Profilierung, besonders in Wahlkampfzeiten. Ministerpräsident Söder zum Beispiel verlaublich im Herbst 2022 im Rahmen der Debatte um die Umbenennung von Hartz IV in Bürgergeld: Er verstehe nicht, warum Hartz IV so verändert werden solle, dass der, der nicht arbeiten wolle, gar nicht mehr gefragt werden dürfe, ob er nicht arbeiten könne. Und wenn einer nicht arbeiten wolle, «weil er lieber in der Tonne liegt und den Diogenes spielt»,¹³ dann sei das der falsche Weg.

Um nicht nur auf der Straße, sondern auch im Parlament gegen diese primitive Polemik gegenüber den «Überflüssigen», gegenüber denjenigen, die im Niedriglohnsektor gefangen sind oder trotz eines langen, harten Arbeitslebens eine viel zu geringe Rente zum Leben erhalten, vorgehen zu können, ist es für DIE LINKE sicher richtig und wichtig, sich für Bündnisse und Kooperationen mit politisch ähnlich Denkenden zu öffnen. Und wenn sich die Partei an ihre eigene Geschichte und ihre Gründung vor 16 Jahren erinnert und entsprechend handelt, werden auch die Umfragewerte wieder steigen: Was waren damals die Hauptursachen für die Parteigründung? Warum gelang es der LINKEN, in den Bundestag und in die meisten Länderparlamente einzuziehen? Unter welchen politökonomischen Zwangsverhältnissen litten die Menschen damals? Es sind dieselben wie heute, potenziert durch die Folgen von Pandemie, Krieg, Inflation: die Folgen der jeden Bezug zur Vernunft dementierenden neoliberalen Ideologie, die nach und nach in allen führenden westlichen Industrienationen implementiert wurde. Und zu Beginn der 2000er-Jahre machte sich eine rot-grüne Bundesregierung daran, auch die deutsche Arbeitsverwaltung entsprechend umzugestalten. Mit den allseits bekannten Folgen: Der Niedriglohnsektor ergreift immer weitere Branchen, die Einkommensarmut steigt stetig und immer mehr Beschäftigte wissen nicht mehr, wie sie mit ihrer existenzbedrohenden Lage zurechtkommen sollen; die Altersarmut erreicht immer neue Höchstwerte. Andererseits steigerten die 100 umsatzstärksten Unternehmen allein im sogenannten Krisenjahr 2022 ihren Umsatz um 30 Prozent.

13 Vgl. www.sueddeutsche.de/bayern/markus-soeder-arbeitslose-gillamoos-bayern-hartz-iv-csu-bierzelt-1.5652270?reduced=true.

Wenn es gelingt, die sozialen Proteste auf die Straße zu bringen, DIE LINKE dort Präsenz zeigt und den Zuversichtsparolen der Regierenden die Fakten entgegenhält, dass das Geld, das auf der einen Seite fehlt, durchaus vorhanden ist, wie das «Sondervermögen» für die Bundeswehr zeigt, wäre bereits viel gewonnen. DIE LINKE stand und steht für eine moderate Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Dies gilt es einer breiteren Öffentlichkeit deutlich zu machen, dann wird auch der Einzug in die süddeutschen Landesparlamente gelingen, auch in Bayern.

Und für Bündnis 90/Die Grünen? Auch wenn sie darauf beharren, bundespolitisch viele kleine, aber wichtige Erfolge erzielt zu haben, bleibt doch regelmäßig nach den Koalitionsausschüssen der Eindruck, wieder einmal über den Tisch gezogen worden und leer ausgegangen zu sein. Aber genau das kann bei den Wahlen am 8. Oktober 2023 den Ausschlag dafür geben, sogar noch besser abzuschneiden, als die Prognosen bereits verkünden. Die durchweg hohen Umfragewerte für die bayerischen Grünen lassen sich nur mit einem nicht geringen Zuspruch von bürgerlichen Wähler*innen erklären. Diese verfügen in der Regel über einen höheren Bildungsabschluss und sind in der Lage, sich sowohl materiell als auch ideell an den mahnenden Worten der Klimawissenschaftler*innen zu orientieren. Ihr ambitioniertes, vielversprechendes und grundlegend positiv zu bewertendes Wahlprogramm ist ein beredtes Zeichen. Die Partei täte gut daran, sollte die bayerische Staatspartei tatsächlich nicht die absolute Mehrheit erhalten und eine erneute Koalition mit den FW scheitern, etwas mehr an politischem Rückgrat zu zeigen und nicht wie üblich den Großteil davon zu opfern, nur um auf der Regierungsbank Platz nehmen zu können. Auf der Straße *und* mit zahlreichen Abgeordneten im Maximilianeum als Wortführer*innen lässt sich auch Politik machen. Und: Söder sieht seinen bayerischen Thron auf Dauer sicher nicht als allerletzte Etappe seiner politischen Laufbahn an. Für mehr wäre eine gelungene Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen die wohl beste Qualifikation.

ZUM AUTOR

Dirk Farke ist Politologe und arbeitet als freier Journalist.

WWW.ROSALUX.DE

